Deutscher Reichstag.

20. Plenarsitzung vom 25. April 1887.

Eingegangen: Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen i. J. 1887.

Auf der Tagesordnung steht zunächst: Erste Berathung des Nachtragsetats für 1887/88.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Der Nachtragsetat habe durch seine Höhe allgemeine Verwunderung hervorgerufen. Man habe gesagt, das Volk ernte, was es bei den Wahlen gesät. Das sei ein Irrthum. Der Nachtragsetat fordere an dauernden militärischen Ausgaben 18½ Millionen, die auf 21¾ Millionen steigen werden, wenn die jetzt berücksichtigten Ersparnisse wegfallen. Von den 163½ Millionen einmaligen Ausgaben entfallen nur 27½ Millionen auf die Heeresverstärkung. Die letztere verursache also nicht mehr Kosten, als von Anfang dafür in Aussicht genommen war. Im Ganzen werden für die Heeresverstärkung erforderliche einmalige Ausgaben 48¾ Millionen betragen. Die gestellten neuen Anforderungen seien ja sehr hoch, aber die verbündeten Regierungen hielten die geforderten Casernen-, Eisenbahn- u. Festungsbauten und Einrichtungen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres für nöthig. Er sei bereit, nähere Mittheilungen und Erläuterungen in der Commission zu geben.

Abg. v. Bennigsen beantragt Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die gegebene Motivirung sei nicht ausreichend. Das sei aber auch selbstverständlich, da es sich um Dinge handle, die nicht in einem großen Parlament öffentlich besprochen werden könnten. Eine eingehende Prüfung würden insbesondere die Forderungen für strategische Eisenbahnen nöthig machen. Die Zuschüsse des Reichs zu diesen Bahnen seien sehr verschieden bemessen. Die Finanzlage des Reichs sei im Vergleich zu anderen Ländern eine relativ günstige; aber im Momente seien wir doch nicht in der Lage, die Deckungsmittel bereit zu halten, welche durch die Forderungen dieses Nachtragsetats bedingt werden. Die Matricularbeiträge seien schon erhöht worden; würden neue Deckungsmittel nicht gefunden, so würde sich eine Erhöhung der Matrikularbeiträge in dem Maße erforderlich machen, daß ein Defizit von 48 Millionen in Preußen entstehen würde. Verwundert habe es ihn, daß im Bezug auf die Zuckersteuerreform die Vorarbeiten noch so wenig gefördert erschienen. Was zur Vertheidigung des Vaterlandes und zur Sicherung des Friedens nothwendig sei, werde die Mehrheit des Hauses bewilligen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Jacobi bestreitet die Richtigkeit der Gerüchte, daß die Regierung mit der Zuckersteuerreform keine Eile mehr habe. Sie arbeite fortgesetzt daran, die Vorlage noch in dieser Session zur Vorlegung zu bringen.

Abg. von Maltzahn-Gültz hält gleichfalls eingehende Prüfung in der Commission für nöthig. Was die Deckungsfrage anlange, so widerspreche es nicht den Gewohnheiten des Hauses, die Deckung auf dem Anleihewege vorzunehmen. Bei der außerordentlichen Höhe der Ausgaben, die hier in Frage stehen, sei indeß angezeigt, anderweite Deckungsmittel in Betracht zu ziehen.

Abg. Rickert: Was im Interesse der Sicherheit des Landes erforderlich sei, werde ja bewilligt werden müssen, aber die Militärverwaltung sollte doch einmal erwägen, welche Compensationen sie gegenüber den Opfern, die sie fordert, gewähren will. Was die Reichszuschüsse zu den auszuführenden Militärbahnen anlangt, so werde damit ein neues Princip eingeführt, indem man diese Zuschüsse ganz nach Willkür feststelle. Die Antwort des Staatssekretärs hinsichtlich der Zuckersteuer befriedige nicht. Seit 10 Jahren sei man dabei, die der Regelung der Zuckersteuerfrage entgegenstehenden Schwierigkeiten zu bewältigen, und noch immer berufe man sich auf diese Schwierigkeiten. Die Offiziösen hätten die Zuckersteuerfrage zurückgestellt, das sei ganz klar.

Während der Rede des Abg. Rickert tritt Fürst Bismarck in das Haus ein. Derselbe hat eine längere Unterredung mit dem Abg. Bennigsen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Compensationen, von denen Rickert gesprochen, könnten wohl nur in der Verkürzung der Dienstzeit bestehen. Eine solche Verkürzung sei jetzt weniger möglich als je. Bei der Bemessung der Zuschüsse zu den Kosten der Militärbahnen sei keineswegs willkürlich verfahren worden.

Abg. Dr. Delbrück: Die heutige Verhandlung rufe in ihm einen Vorgang wach, der sich in der vorigen Session in der Commission abspielte. Ein Mitglied regte an, ob nicht auch in der Bespannung der Artillerie Besserungen eintreten sollten. Da wurde ihm erwidert, daß es doch nicht Sache der Abgeordneten sei, neue Ausgaben in Vorschlag zu bringen, Ausgaben, die nicht einmal die Regierung für nöthig halte. Als ob nicht die Abgeordneten die gleiche Verpflichtung hätten, wie die Regierung, die Sicherheit des Landes im Auge zu haben. Bei der Höhe der Forderungen könne man annehmen, daß die Regierung nicht ohne dringendes Bedürfniß mit denselben hervortrete.

Abg. Richter: Wenn man ein solches Maß von Vertrauen habe, könne man auf den Reichstag überhaupt verzichten. Redner kritisirt namentlich die Forderungen für die strategischen Eisenbahnen. Es handle sich hier um große Subventionen für den Bau von Bahnen, deren Verkehr nicht hinter dem verschiedener Bahnen in Preußen zurückstehen werde, für die keine Subvention gewährt worden sei. Sogar die Anlage des 2. Geleises solle auf Reichskosten erfolgen! Was die Zuckersteuer anlange, so möge man die Ausfuhrprämie beseitigen. Aber die ganze Politik scheine ja dahin zu gehen, zu Gunsten einer kleinen Anzahl von Zuckerindustriellen das deutsche Volk auszubeuten.

Staatssekretär Dr. Jacobi constatirt wiederholt, daß die Frage der Zuckersteuerreform keineswegs zurückgesetzt sei.

Abg. Graf bestwortet schärfere Heranziehung des Tabaks auf dem Wege des Monopols.

Abg. Schumacher wendet sich gegen die stetig steigenden militärischen Anforderungen.

Der Nachtragsetat wird an die Budgetcommission verwiesen.

Es folgt 1. Berathung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung bezw. Ergänzung der Gesetze betr. die Quartierleistungen sowie die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden.

Abg. v. Buel, Struckmann und v. Köller befürworten Commissionsverweisung.

Die Vorlage wird an eine 21gliedrige Commission verwiesen.

Morgen 11 Uhr: Servistarif, kl. Vorlagen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Plenar-Sitzung vom 25. April 1887.

Am Ministertische: Fürst von Bismarck, von Goßler, Maybach, Boetticher und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze.

Zu Art. 1, welcher die Eröffnung von Priesterseminarien in Osnabrück und Limburg gestattet und die Beschränkung aufhebt, daß die Seminare nur von Angehörigen des betreffenden Sprengels besucht werden dürfen, erhält das Wort

Abg. v. Hülsen, welcher sein zustimmendes Votum vor seinen Wählern und vor den ihm nahestehenden evangelischen Kreisen rechtfertigen will. Der Kulturkampf war, wie die Konservativen stets vorausgesagt haben, eine falsche Maßregel, durch welche die Macht der katholischen Kirche nur verstärkt worden ist. Wollen wir jetzt diesen Fehler beibehalten? Man sagt allerdings, der Fehler soll durch einen neuen Fehler beseitigt werden. Wenn wir nein sagen, fällt die Vorlage in den Brunnen. Diese Verantwortung können wir nicht auf uns nehmen, weil wir dadurch den Kulturkampf verlängern würden. Ich werde daher den Weg, den die Regierung vorschlägt, voller Vertrauen mitgehen. Unter dem Frieden, der herbeigeführt wird, verstehe ich weiter nichts, als guten Willen von beiden Seiten, daß man sich vertragen will. Ein solches Verhältniß ist wünschenswerth gegenüber den europäischen Verhältnissen und den andrängenden Mächten des Umsturzes. Die Methode der Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, welche jetzt erfolgt ist, halte ich für die richtige. Ich hoffe, daß den Forderungen der evangelischen Kirche, welche aus den neugeschaffenen Verhältnissen erwachsen, Rechnung getragen wird.

Art. 1 wird darauf genehmigt, ebenso Artikel 2, welcher den Einspruch betrifft, Art. 3, welcher die Vorschriften, daß die Disziplinarentscheidungen dem Oberpräsidenten mitgetheilt werden müssen, aufhebt, und Art. 4, welcher das Gesetz betreffend die Grenzen des Gebrauches kirchlicher Strafen und Zuchtmittel theilweise beseitigt. Für die Vorlage stimmen die Konservativen, die größere Hälfte der Freikonservativen, das Centrum, die Polen und ein Theil der Nationalliberalen, darunter v. d. Brelie, von Schenckendorff, Reinhold, Knebel, von Heede, Bygen.

Artikel 5 handelt von der Zulassung der Orden.

Abg. Virchow macht zunächst einige Bemerkungen über den Sinn des Artikels, der leicht einer falschen Auslegung unterliegen könne. Was die Sache selbst betreffe, so wolle er keine provozirenden Bemerkungen machen. Aber bedenklich sei es doch, daß die Orden wieder zugelassen würden, welche hauptsächlich dazu bestimmt seien, zum Angriff auf die anderen Kirchen zu dienen. In der kath. Bevölkerung selbst gebe es große Kreise, welche sich für die Ordensthätigkeit nicht sehr begeistern. Daß die Orden Missionäre sollen ausbilden dürfen, ist noch die mildeste Bestimmung. Viel bedenklicher sind die anderen Dinge, namentlich, daß den Orden das höhere Mädchenschulwesen übergeben werden soll. Aus den Reihen der nationalen Majorität dieses Hauses werden wir ja noch hören, wie sich diese Vorschrift im Widerspruch befindet mit dem Polengesetze; die polnisch nationale Erziehung der Kinder wird dadurch gefördert. Wenn die höheren Mädchenschulen überliefert werden, wird der Tag bald kommen, wo die Orden auch die niederen Schulen für sich verlangen. Der Ministerpräsident hat bestritten, daß er im Zusammenhang mit dieser Gesetzgebung von der Gefährdung seines Seelenheils gesprochen habe. Redner verliest die betreffende Aeußerung, welche Fürst Bismarck dem Herrn von Kleist-Retzow gegenüber im Herrenhause am 14. April 1875 gemacht habe.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich stimme für das ganze Gesetz und also auch für diesen Artikel, und zwar bin ich in der glücklichen Lage, dies ohne irgend welche Leibschmerzen thun zu können. (Heiterkeit.) Wir von der extrem konservativen Partei haben gegen den Kulturkampf gestimmt von Anfang an. Die „Norddeutsche" hat uns deshalb als Verräther bezeichnet; es war das eine Auslassung eines verlegenen Zeitungsredakteurs. Ich rechne darauf, daß den katholischen Orden gegenüber das Institut der evangelischen Diakonissinnen weiter ausgebildet werden wird. Dies Institut erfreut sich jetzt schon allgemeiner Anerkennung, nicht bloß in der evangelischen Kirche; es muß gestärkt werden durch die Vereinsthätigkeit und durch die

---

Die Schleyer'sche Weltsprache; Volapük.

Von Richard Kirchhoff, cand. chem.
Mitglied des Hallenser Volapük-Klubs.

Im Jahre 1879 machte durch die Zeitungen die kurze Meldung die Runde, daß ein Pfarrer Schleyer zu Litzelstetten am Bodensee eine Weltsprache erfunden habe. Seitdem hörte man indeß in Norddeutschland nichts wieder darüber und diejenigen, die sich überhaupt noch an die kurze Nachricht erinnerten, mochten wohl glauben, daß die Sache sang- und klanglos zu Grabe getragen worden sei, als zu Anfang dieses Jahres Herr Prof. Kirchhoff hier in Halle durch seinen öffentlichen Vortrag, den sich daran schließenden Unterricht und die darauf folgende Bildung eines Weltsprachevereins von Neuem das Interesse für die Schleyer'sche Weltsprache weckte. Zum großen Erstaunen hörte man nun, daß die neue Sprache, in Norddeutschland ganz unbeachtet, weit über 100000 Anhänger in Süddeutschland, Oesterreich, der Schweiz, Holland, Frankreich, Spanien, Italien und allen außereuropäischen Erdtheilen mit Ausnahme von Australien gewonnen hatte; man vernahm, daß über hundert Vereine — der Hallenser Verein ist unter der Nummer 117 im „Weltspracheblatte" aufgeführt — und Zeitschriften in Konstanz, Breslau, München, Wien, Paris, Madrid und Antwerpen für die Verbreitung der Weltsprache wirken.

Diese für die kurze Zeit von acht Jahren großen Erfolge beweisen, daß das neue Unternehmen wohl Aussicht hat, sein Ziel zu erreichen, nämlich die Sprache aller Derjenigen zu werden, welche auf den Verkehr mit Anderssprechenden angewiesen sind. Der Grund dafür, daß Schleyer mit seinem Volapük das sicherlich erreichen wird, was etwa 60 Männer vor ihm, unter ihnen der deutsche Philosoph Leibnitz vergebens versucht haben: einmal die Zeitverhältnisse, welche ein internationales Verständigungsmittel gebieterisch fordern und dann die großen Vorzüge der neuen Weltsprache.

Der Nachtheil der Sprachenzersplitterung war nur zu den Zeiten gering, als ein einziges Volk der Träger der Gesammtcultur war; sobald aber der Gegensatz von Barbar und Nichtbarbar seine innere Berechtigung verlor, mußte die Sprachverwirrung drückend empfunden werden. Ganz besonders aber seitdem Eisenbahnen, Weltpost, Suezkanal, überseeische Kabel u. s. w. den Verkehr in ungemeiner Weise erleichtert haben; seitdem andererseits die Völker auf den gegenseitigen Verkehr nothwendig dadurch angewiesen sind, daß die Angehörigen der verschiedensten Völker Großes in Wissenschaft, Technik und Gewerbe leisten und seitdem der gegenseitige Ideen- und Waarenaustausch durch die Bedürfnisse des modernen Menschen gefordert wird: seit dieser Zeit mußte das Verlangen nach einer Sprache, die von Allen verstanden wird zu einem brennenden werden. Auf einen so günstig vorbereiteten Boden fiel der Gedanke der Schleyerschen Weltsprache, welche in Folgendem in ihren Grundzügen geschildert werden soll.

Die Grundlage der Weltsprache ist die englische Sprache, doch ist dieselbe in so großartiger Weise vereinfacht und verbessert worden, daß man sie kaum in der Weltsprache wiedererkennt. Der Erfinder hat in dem richtigen Bewußtsein, daß die Sprache, wenn sie größere Verbreitung finden soll leicht erlernbar sein müsse, ihr einen so einfachen Regelapparat gegeben, daß derselbe in kürzester Zeit zu erlernen ist. Er erreicht dies durch Fortlassen alles Ueberflüssigen und Vermeidung jeder Ausnahme von den Regeln. Die Hauptwörter sind meist einsilbig; Artikel giebt es nicht. Die einzige Deklination erhellt aus folgendem Schema: pük die Sprache (englisch ßpeek, gesprochen ßpiek) Genitiv: püka; Dativ: püke; Accusativ: püki; Vokativ: o pük. Plural: püks, pükas, pükes. pükis, o püks (stets mit dem Tone auf der letzten Silbe). Zusammengesetzte Wörter werden gebildet durch Stellung des einen Hauptworts in den Genitiv: volapük-Weltsprache; vol (englisch world) die Welt oder dadurch, daß man das eine Hauptwort in das entsprechende Adjektiv verwandelt und dem Grundwort attributiv beistellt. Von jedem Hauptwort kann man durch Anfügung der Endung „ik" ein Adjektiv bilden: pükik sprachlich. Die Steigerung wird veranschaulicht durch: pükik. pükikum, pükikům. Aus den Adjektiven entstehen die Adverbien durch Anhängung von „o" pükiko (püko), welche Endung auch, wenn es die Deutlichkeit nicht anders verlangt, fortgelassen werden kann. Aus pük-Sprache erhält man pükel der Sprecher, Redner und pükön sprechen. Die Conjugation erfolgt durch Anhängung der persönlichen Fürwörter an den Stamm des Zeitworts: pükob ich spreche — ob ich; pükol du sprichst — ol du; — pükom er spricht — om er u. s. w.

Die Zeiten werden durch vokalische Vorschläge gebildet:
äpükob ich sprach.
epükob ich habe gesprochen.
ipükob ich hatte gesprochen.
opükob ich werde sprechen.
apükob ich werde gesprochen haben.

Im Passiv tritt noch ein „p" vor die Form des Aktivs (im Präsens pa).

Die Präpositionen regieren sämmtlich den Nominativ als indifferenten Fall, außer auf die Frage: wohin? In diesem Falle den Accusativ u. s. w.

Diese Probe von dem inneren Aufbau des Volapük mag genügen, um dem Leser eine Vorstellung davon zu geben und ihn zu eigenem Urtheil zu befähigen.

Es wird nun wohl Mancher sagen: „Die Sache ist ja so weit ganz gut; aber das hätte doch schließlich jeder so machen können; darauf mag bloß an das „Ei des Columbus" erinnert werden. Manch' Anderer mag sich denken: „Das ist ja ganz schön einfach; aber was leistet nun die Sprache?" Nun sie leistet mehr als jede andere Sprache der Erde; denn sie verbindet mit größter Kürze und leichtester Erlernbarkeit die vollständigste Deutlichkeit im Ausdruck; Zweideutigkeiten sind in ihr so gut wie unmöglich. Sie ist auf der einen Seite sehr praktisch, auf der anderen ungemein wohllautend. Sie gestattet ferner die feinsten Schattirungen des Gedankens zum Ausdruck zu bringen. Das Volapük hat z. B. Imperative, Participien und Infinitive von allen Zeiten; Adjektiva von allen Hauptwörtern u. s. w.

Einige besondere Beispiele mögen noch beweisen, daß das Volapük das nicht zu übertreffende Musterbild einer Sprache ist. Das Volapük unterscheidet z. B. zwischen „Freundesliebe" in ihrer Bedeutung als „Liebe zum Freunde" flenilöf und „Liebe des Freundes" flenalöf; es bildet mit Leichtigkeit Superlative von Hauptwörtern z. B. pakam die Verbreitung pakamün die weiteste Verbreitung; tim Zeit, timün höchste Zeit. Wie elegant und leicht läßt sich die gewesene und die zukünftige Versammlung ausdrücken durch Vorsetzung der Vorschlagsilben des Perfektums und des Futurums; lasam Versammlung, elasam die gewesene, olasam die zukünftige Versammlung.

Die kurze und knappe Ausdrucksweise des Volapük mag folgender Satz veranschaulichen: Itiseram ebinom stabin gudikün tugas valik. (Die Kenntniß seiner selbst ist immer die beste Grundlage aller Tugenden gewesen.)

Trotzdem werden die zünftigen Philologen hochmüthig die Achsel zucken; sie mögen daran erinnert werden, daß einer der größten Sprachforscher der Gegenwart Max Müller in Oxford sich mit den Prinzipien des Volapük einverstanden erklärt hat.

Die große Menge findet sich allerdings dem Volapük gegenüber mit einer absprechenden Bemerkung ab, ohne sich auch nur die geringste Mühe zu geben, die Sache kennen zu lernen. Mit dem sehr weise klingenden Ausspruche: „Es ist unmöglich, eine Sprache zu erfinden," glaubt man über eine hochwichtige Erfindung, welche fraglos eine große Zukunft hat, ein endgültiges Urtheil gefällt zu haben. Man wiegt sich selbst in den Gedanken ein, daß die Angelegenheit aussichtslos ist, um der Mühe einer wenn auch geringen geistigen Arbeit überhoben zu sein.

Werden die vorliegenden Zeilen dem Volapük einige neue Freunde zuführen, so ist ihr Zweck erfüllt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18870427039/fragment/page=0001

Kirche selbst. Der Staat wird sich jetzt der Verpflichtung nicht entziehen können, das Versprechen Friedrich Wilhelm IV. zu erfüllen und eine bessere Dotation der evangelischen Kirche herbeizuführen.

Abg. Gneist: Meine politischen Freunde haben die namentliche Abstimmung über diesen Artikel beantragt. Wir haben bei den andern Artikeln keinen ausdrücklichen Widerspruch erhoben; wir wollen bei diesem Artikel, der über die ursprüngliche Vorlage hinausgeht, bekunden, daß wir außer Stande sind, selbst unter den obwaltenden politischen Verhältnissen das Gesetz mit diesem Artikel anzunehmen.

Abg. von der Reck sieht keine Veranlassung, die Orden auszuschließen, da Preußen an religiösen Männern wahrlich keinen Ueberfluß habe.

Abg. v. Dziembowski: Wenn ich mich gegen Artikel fünf zum Wort gemeldet habe, so habe ich nicht die Absicht und auch nicht den Auftrag meiner Partei, gegen den Artikel zu sprechen. Es sind nicht konfessionelle, sondern schwerwiegende politische Bedenken, welche mich zum Widerspruch veranlassen. Ich fürchte, daß durch die Orden die Wirkung der neuerlich im Interesse des Deutschthums beschlossenen Maßregeln beeinträchtigt wird. Es giebt kaum ein stärkeres Mittel für die Stärkung der polnischen Agitation als die Zulassung der Orden, sowohl der männlichen wie der weiblichen. Die männlichen Orden der Philippiner und der Franziskaner waren die eifrigsten Agitatoren für die polnische Sache. Man wird sagen, daß die Niederlassung genehmigt werden müsse; aber die Ordensthätigkeit ist an die Niederlassung nicht gebunden. Wir werden in den polnischen Landestheilen, wenn keine Niederlassung, dann Missionen haben, welche eine drohende Gefahr für unsere nationale Entwickelung enthalten. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, dies öffentlich hier auszusprechen. Es lag in meiner Absicht, einen Antrag einzubringen, die Geltung des Artikels 5 für Posen und Westpreußen auszuschließen. Bei der Aussichtslosigkeit habe ich davon Abstand genommen.

Fürst v. Bismarck: Die königliche Regierung ist keineswegs blind gegen die Bedenken, die der Vorredner geäußert hat. Sie hat sich aber nichtsdestoweniger entschließen müssen, Ihnen die gesammte Vorlage, wie sie aus dem Herrenhause gekommen ist, zu empfehlen, weil durch das Abbröckeln eines Theiles das Zustandekommen der Friedensverhandlungen mit der römischen Kurie würde gefährdet werden, und weil die Regierung glaubt, auf das allgemeine Staatsinteresse ein größeres Gewicht legen zu müssen, als auf lokale Mißstände, welche durch die Vorlage entstehen können.

Abg. Windthorst: Die Verhandlungen bieten ein großes Material zur Erwiderung. Ich habe über diese Zurückhaltung Zuschriften erhalten. Das veranlaßt mich, hier nochmals zu erklären, daß meine Freunde und ich sich auf die Erklärung beschränken, welche sie im Eingange der Debatte abgegeben haben. Ich halte dafür, daß das Meiste, was vorgekommen ist, in früheren Verhandlungen wiederlegt ist. Wir haben uns der Diskussion enthalten, damit nicht irgend eine Antwort dazu beitragen könnte, die ruhige, friedliche Stimmung zu stören. Ich möchte nur noch bemerken, daß der Versuch, hier einseitige Interpretation herbeizuführen, ein vergebliches ist. — Sind die Bestimmungen nicht deutlich genug, dann muß die Interpretation geschehen aus den Gesammtverhandlungen aller Faktoren, die hier mitgewirkt haben. Diese Verwahrung müssen wir machen. Auch bezüglich der Ausführungen des Vorredners schweige ich für heute.

Abg. Hagens theilt die Bedenken, welchen Herr v. Dziembowski Ausdruck gegeben, und spricht die Hoffnung aus, daß der evangelischen Kirche der Provinz Posen eine größere Berücksichtigung zu Theil werden möge als bisher. Es fehlt überall an evangelischen kirchlichen Einrichtungen.

Abg. v. Jagdzewski: Die polnische Fraktion ist durch die Bemerkung des Herrn von Dziembowski zu der Erklärung provozirt worden, daß sie seinen Ausführungen über die polnischen Ordensmitglieder widersprechen muß; für eine polnische Agitation der Orden ist keinerlei Beweis erbracht worden.

Abg. Dr. Wehr-Deutsch-Krone bestätigt die Ausführungen des Herrn von Dziembowski für Westpreußen. Wenn einige meiner politischen Freunde gegen den Artikel 5 stimmen werden, so geschieht dies nicht aus Mangel an Friedensliebe. Wir wünschen die Beendigung des Kulturkampfes, aber die Verhältnisse in Posen und Westpreußen beeinflußen unsere Stellung zu diesem speziellen Artikel 5.

In namentlicher Abstimmung wird darauf Artikel 5 mit 230 gegen 117 Stimmen angenommen; 22 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung, nämlich die konservativen Abgg. Boltz, v. Hardy, Hasselbach, Graf Limburg-Stirum, von Minnigerode, Graf Rostitz und von Quast; die freikonservativen Abgg. Frhr. Douglas, Faber, Graf Hue de Grais, Huyssen, Köhne, von Pilgrim, Schreiber (Nordhausen), von Schwerzkopf, Seneel, Bopelius, Weidlich, Weiß, Wettich und von Zedlitz. Mit „Nein" stimmen die Nationalliberalen geschlossen, die Mehrzahl der Freisinnigen; von den Konservativen die Abgg. v. Below-Saleske, Kropatscheck, von Oertzen (Bromberg), von Rauchhaupt, Seyffarth (Rothenburg), Stöcker und v. Treskow; von den Freikonservativen die Abgg. Arendt, Barth, v. Dziembowski, Haeckel, Kennemann, Kleine, Krah, von Langermann, Meister, zur Nedden, Schmidt (Sangerhausen), Schulz (Lupitz), Spangenberg, von Tiedemann (Bomst), Walther, Weber (Deutsch-Krone), Wessel und Wunderlich. Mit „Ja" stimmen geschlossen das Centrum und die Polen, die große Mehrheit der Konservativen, ein kleiner Theil der Freikonservativen und von den Freisinnigen die Abgg. Jensch, Maager, Münch, Munckel, Richter, Springorum und Uhlendorff.

Ohne Debatte erledigt das Haus darauf in erster und zweiter Berathung eine kleine Novelle zur Synodalordnung und einen Gesetzentwurf betr. die Radfelgenbreite des Lastfuhrwerks im Bezirk Frankfurt.

Schluß 1¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung der Leistungen für Volksschulen. Kleinere Vorlagen.

Aus der Stadt und Umgebung.

* [Der Vorleser und Recitator, Herr Hugo Zahr aus Berlin,] auf dessen Hiersein und bedeutenden künstlerischen Ruf wir in unserer Nr. 88 bereits hingewiesen, hat sich nach seinem, über alles Erwarten glänzend verlaufenen Debüt in der Latina auch zu einem öffentlichen Abend entschlossen. Diese Soiree, welche (Näheres im Inseratentheil) Donnerstag Abends 8 Uhr in dem hierzu ausnahmsweise bewilligten Saale der Volksschule stattfindet, verspricht einen ebenso hohen als seltenen Kunstgenuß für Jung und Alt. Das reichhaltige und äußerst gewählte Programm bringt in angenehmer Abwechselung — variatio delectat — Ernstes und Heiteres in altem und neuem Gewande, darunter auch einige Novitäten aus Shakespeare, Leander, Baumbach, Dahn, Göthe, Bormann, Wildenbruch und Lessing. Wir machen daher unsere gebildeten Kreise auf diesen interessanten Abend ganz besonders aufmerksam. Den Billetverkauf hat die Buchhandlung des Herrn Niemeyer, große Steinstraße, freundlichst übernommen. Billets zu halben Preisen auf reservirte Plätze für Vereine, für die Studirenden und für höhere Schulen sind bis Mittwoch 2 Uhr durch Herrn Zahr, Laurentiusstraße 5II zu beziehen.

* [Im Gärtner-Verein] wurde am Sonnabend von Herrn Rosch darauf hingewiesen, daß es nicht nachtheilig für die Gärtner sei, — wie einige Mitglieder annehmen, — die verschiedenen Kulturverfahren ꝛc. in den Zeitungen zu veröffentlichen. Im Gegentheil würde dadurch das Interesse an den Pflanzen geweckt und bringe es den Gärtnern mehr Nutzen, wenn sich Laien an den gekauften Pflanzen längere Zeit erfreuen könnten, als wenn diese nach Kurzem eingehen. Die von Herrn Zeising gestellte Frage, ob Petroleumbarrels zum Einsetzen von Pflanzen zu verwenden seien, wurde verneint. Ohne größeren Schaden lassen sich derartige Fässer verwenden, wenn sie tüchtig ausgebrannt werden, als Wasserfässer kann man sie wohl gebrauchen, wenn man die obere Wasserschicht vor dem Gebrauch beseitige. Herr Siemens führt an, daß er auf dem Südfriedhofe verschiedene Bäume und Sträucher, die im Herbst und Winter gepflanzt sind, an andere Orte versetzen mußte und hierbei gefunden habe, daß die Gehölze, welche bis Anfang November gepflanzt sind, im Herbst noch junge Wurzeln getrieben haben, während die später gepflanzten an den Wurzelenden verdorben sind und räth, die Anpflanzungen möglichst früh im Herbste zu beginnen, oder im Frühjahre, wenn die Erde sich schon erwärmt hat; er habe hier den Beweis erhalten, daß der Baumschulbesitzer Gaucher, welcher behaupte, man könne den ganzen Winter ohne Schaden Gehölze pflanzen, Unrecht habe. Solche Pflanzen, die harte Knospenhüllen haben z. B. Buchen, seien immer nur im Frühjahr zu pflanzen, wenn die Hüllen sich schon öffnen. Birken solle man ebenfalls im Frühjahr pflanzen; trotzdem diese Bäume 30° R. Kälte vertragen, leiden sie doch bei Herbstpflanzungen sehr durch kalte Winde. Aus einer Fachschrift wurde berichtet, daß man bei Kropfkrankheit bei Kohl und Kohlrabi Kalk zwischen die Pflanzen streuen soll. — Herr Handelsgärtner Dörfler wurde als Mitglied angemeldet.

* [Die öffentliche Maurerversammlung] am Sonntag Nachmittag im Restaurant zur Moritzburg war von ungefähr 180 Personen, bei mehr als 3000 Maurern hierselbst, also verhältnißmäßig schwach besucht. Wie in der Mittwochsversammlung, so wurde auch diesmal die Lohnfrage erörtert und zunächst vom Vorsitzenden die Frage aufgeworfen, „ob der Beschluß der vorigen Versammlung, bei denjenigen Meistern, welche den geforderten Lohn von 35 Pf. pro Stunde nicht bewilligt, am Montag den 25. d. Mts. die Arbeit einzustellen, aufrecht erhalten werden solle. An der Diskussion über jene Frage betheiligten sich mehrere Anwesende, theils dafür, theils dagegen sprechend. Es wurden Bedenken laut, daß bei dieser verhältnißmäßig schwachen Zuhörerzahl die Debatte über fraglichen Punkt ganz erfolglos sein dürfte, da die vielen Abwesenden, sich doch nicht an etwaige Beschlüsse gebunden halten würden. Es handelt sich lediglich noch darum, die Innungsmeister von ihrer Weigerung, 35 Pf. Stundenlohn zu zahlen, abzubringen, da die Bauunternehmer denselben bereits bewilligt haben. Hierzu wird bemerkt, daß die Innungsmeister wohl mehrfach auch nicht abgeneigt, den geforderten Lohnsatz zu zahlen, jedoch durch eingegangene Verpflichtung unter einander bei Conventionalstrafe von der Bewilligung zurückgehalten würden; sie haben sich entschuldigt, besagten Lohnsatz nicht zahlen zu dürfen; ihn nicht zahlen zu können, wäre nicht gesagt. Wie es mit der Befolgung des Beschlusses vom Mittwoch seitens der Gesellen diesen Montag stände, darüber sollen, wie beschlossen wurde, zwei Kontrolleure auf den Bauten ermitteln und der Lohnkommission Bericht erstatten. Ein Vorschlag ging dahin, daß diejenigen Gesellen, welche noch nicht 35 Pfg. Stundenlohn erhalten, dann zu arbeiten aufhören und anderweitig Arbeit bekommen sollen, wo jener Lohn gezahlt wird. Folgende Resolution kam zur Verlesung: „Die heutige öffentliche Maurer-Versammlung beschließt, diejenigen Maurer, welche sich an der Lohnbewegung nicht betheiligen wollen, ihrem Schicksal zu überlassen. Andere Gesellen, welche die Arbeit bei den Innungsmeistern niederlegen und ohne Arbeit bleiben, können sich Dienstag und Donnerstag bei der Lohnkommission in der „Moritzburg" behufs Unterstützung oder Arbeitsnachweis melden." Hiermit schien man einverstanden, nur daß ein Redner erklärte, die Arbeitseinstellung nicht auf einmal, sondern nach und nach vorzunehmen. Beantragt wurde, daß wo verschiedene Lohnsätze bestehen, alle Gesellen die Arbeit niederlegen sollen; ferner wurde auf den in diesen Jahre in Bremen stattfindenden vierten Kongreß aller Maurer Deutschlands aufmerksam gemacht, wo die Delegirten von hier über die hiesige Lohnbewegung berichten könnten. Allgemeiner Beitritt zum Fachverein ward empfohlen, die Uneinigkeit der Gesellen als schädigend für die Gesammtheit derselben betont und nach einem Schlußwort vom Vorsitzenden die Versammlung geschlossen. Selbige war ordnungsmäßig verlaufen; abzuwarten bleibt, ob erwähnte Beschlüsse und Maßnahmen Erfolg haben; jedenfalls werden fernere Versammlungen erforderlich sein.

Verschiedenes.

* Der Landgerichtspräsident Freiherr von Leonrod ist, wie aus München berichtet wird, zum Justizminister an Stelle des verstorbenen Dr. v. Fäustle ernannt werden.

* In Marseille haben wiederholt blutige Zusammenstöße zwischen französischen und italienischen Arbeitern stattgefunden. Bei der herrschenden großen Erbitterung ist man wegen weiterer Conflicte in ernster Sorge.

* Im Hause des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Miquel zu Frankfurt a. M. brach am 23. d. in dem im Parterre gelegenen Arbeitszimmer Feuer aus, welches den Schreibtisch, einen werthvollen alten Kupferstich, den Teppich, die Vorhänge, die Lamperie und Deckentäfelung ergriff, und theilweise zerstörte. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle, hatte aber nur die Aufräumungsarbeiten zu besorgen, da der Brand durch im Hause beschäftigte Arbeiter bereits gelöscht war.

* In Karlsruhe erschoß sich im Haardtwald nahe der Stadt ein Einjähriger der Artillerie, Ingenieur Schlickmann, ein offenbar mit etwas krankhaft gesteigertem Ehrgefühl ausgestatteter junger Mann. Nach hinterlassenen Notizen des Verstorbenen hat eine Strafverfügung, wonach er zwei Nächte in der Kaserne zu verbringen hatte, seinen Entschluß gereift.

* Eine Freisprechung zweier unschuldig Verurtheilten fand am 22. d. M. in der Strafkammer in Frankfurt a. O. im Wiederaufnahmeverfahren statt. Die Arbeiter Wilhelm Tietz und Friedrich Schulz aus Müncheberg waren wegen schweren Diebstahls zu vier Jahren resp. zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden und hatten auch bereits ihre Strafen in Sonnenburg angetreten. Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wurden sie später vorläufig freigelassen und nunmehr im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Zwei vorgeführte Zeugen hatten sich nämlich jenes Diebstahls für schuldig bekannt und gegen diese wurde deshalb gleich im Anschluß an diesen Termin verhandelt.

* Von den lebensmüden Schwestern aus Reinickendorf, die unlängst von der Glienicker Brücke bei Potsdam aus in der Havel ihren Tod suchten, ist nur eine dem Leben erhalten geblieben und als gesund aus dem städtischen Krankenhause in Potsdam entlassen worden. Von den beiden anderen Schwestern hatte die eine bekanntlich bereits in den Wellen ihren Geist ausgehaucht, während die zweite nach längerer ärztlicher Behandlung im städtischen Krankenhause verstarb.

* Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, Königin von Ungarn, scheint die Leistungen der berühmtesten Touristen durch ihre Fußwanderungen in den Schatten stellen zu wollen. Aus Herkulesbad (Mehadia) in Ungarn, wo sie eben weilt, wird geschrieben: Während ihres hiesigen Aufenthaltes unternahm die Königin täglich zwei bis drei Mal längere Fußtouren, und zwar wurden dieselben mit einer Ausdauer ausgeführt, welche geradezu erstaunlich ist. Eine der Touren, welche die Königin jüngst unternommen, war jene über die sieben heißen Quellen bis zur rumänischen Grenze, eine Tour von rund 40 Kilometern, welche die hohe Frau ohne zu rasten zurücklegte. Ihr Führer, ein vom Forstamte hierzu designirter Forstwächter, kommt häufig in Verlegenheit, indem er in der Meinung, rasch gegangen zu sein, nach rückwärts blickt und die Königin, von der er dachte, daß sie weit zurückblieb, knapp hinter sich einhergehen sieht. Die als Waldpolizei postirten Forsthüter haben Ordre, sobald sie der Königin ansichtig werden, sich sofort zurückzuziehen und ihr in gemessener Entfernung unauffällig zu folgen, bis sie in das Aufsichtsrayon des nächsten Postens gelangt.

* Verbot. Der orthodoxen Geistlichkeit in Petersburg ist, wie die „Nig. Ztg." der „Now. Wr." entnimmt, das Rauchen und Schmupfen, sowie das Kartenspielen verboten worden. Wie das genannte Blatt meint, steht dieses Verbot möglicher Weise in Zusammenhang mit der bekannten Abneigung der Altgläubigen vor diesen Dingen. — Im Polizeigebäude in Libau fand am 19. ds., wie die „Lib. Ztg." berichtet, in Gegenwart der Militär- und Civil-Autoritäten unserer Stadt die Einweihung der in den verschiedenen Zimmern angebrachten Heiligenbilder statt.

* Die auf den 23. April angesetzt gewesene erste Lohengrin-Aufführung in Paris ist auf Dienstag verschoben worden, wird aber wahrscheinlich noch einen weiteren Aufschub auf unbestimmte Zeit erfahren.

* Verhängnißvolle Spielerei. Der Zug Frankfurt-Köln wurde am 22. ds. um Mitternacht im Wald zwischen Budenheim und Heidesheim in Folge einer Spielerei an der Carpenterbremse gestellt. Der Thäter erhielt 30 Mk. Geldstrafe.

* Trau, schau, wem. Eine Frau aus Köln, welche mit ihrem Manne auf höchst kriegerischem Fuße lebt, nahte sich diesem in der Kirche, fiel ihm um den Hals und biß ihm in die Lippen. Der Mann konnte sich der unvermutheten Liebkosung nur mit Hilfe des Kirchenpersonals erwehren; er litt bös zugerichtet.

* Ein Strafantrag gegen den Fürsten Bismarck. Die Berliner „Volkszeitung" theilt mit, daß sie gegen den Fürsten Bismarck Strafantrag gestellt hat, weil er in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar bei Besprechung des Verhaltens der deutschen Presse in der bulgarischen Frage die „Volkszeitung" beleidigt habe. Der erste Staatsanwalt des Landgerichts erklärte sich für inkompetent, weil Fürst Bismarck als General dem Militärgericht untersthe; dagegen hat die „Volkszeitung" Beschwerde an den Oberstaatsanwalt gerichtet, indem sie ausführt, daß Fürst Bismarck nicht als General zu betrachten sei, wie unter Anderem daraus hervorgehe, daß er das aktive Wahlrecht ausübe. Sollte die Beschwerde von dem Oberstaatsanwalt und dem Kammergericht abgewiesen werden, so will die „Volkszeitung" das Militärgericht anrufen.

Meteorolog. Bericht des Halle'schen Tageblattes.

Dat.	St.	Barom. red. 0° mm	Thermometer nach Celsius	Thermometer nach Réaum.	Feuchtigkeit d. Luft %	Wind	Wetter
25./4.	2 Uhr	752,0	+20,0	+16,0	40	SW	ziemlich heit.
	8 Uhr	753,0	+12,5	+10,0	86	SW	desgl.
26./4.	7 Uhr	753,0	+10,0	+8,0	88	S	desgl.

Uebersicht der Witterung.

Die Temperatur in Celsius-Graden war in nachbenannten Städten folgende: Petersburg +4, Memel +16, Berlin +12, Hamburg +12, Chemnitz +11, München +10, Paris +8.

Verantwortlich Julius Mackelt. — Plötz'sche Buchdruckerei (R. Nietschmann) in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18870427039/fragment/page=0002